Niederschrift

über die 7. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Donnerstag, 24.11.2011 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Hans-Werner Schneller SPD

stimmberechtigte Mitglieder gem § 4 IIa der Satzung für das Jugendamt

Frau Sabine Kittel BA/CDf

Frau Marion Buschmann CDU von 17:20 - 17:50 Uhr, TOP 8

f. Frau Kittel

Herr Dr. Stephan Lipski CDU
Herr Manfred Böhm SPD
Herr Christoph Bosbach SPD
Frau Martina Reuter FDP

Frau Anne Gronemeyer Bündnis90/Die Grünen

Frau Angelica Niederquell dUH

Stimmberechtigte Mitglieder aus den Verbänden

Herr Hans Delcuve ev. Kinderheim e.V.

Herr Werner Kimmel Kinderschutzbund Für Gabriele Amthor

Frau Elisabeth Knebel AWO

Frau Anne-Margarete Pütz kath. Kirche

Herr Siegfried Wagner Paritätischer Wohlfahrtsverband

Herr Carsten Wannhof KJG

Beratende Mitglieder

Herr Friedhelm Burchartz Freie Liberale
Frau Farah Ahdour Jugendparlament
Herr Jens-Peter Kröger Amtsgericht Langenfeld

Frau Maria Mrotzek Für Monsignore Ulrich

Hennes

Frau Dagmar Potschien Ferd.-Lieven-Schule

Frau Nina Pütter ev. Kirche

Herr Karl-Heinz Rädisch Helmholtz-Gymnasium

Gäste

Herr Klaus Faulhaber-Birghan Caritasverband Kreis Mettmann

Herr Paul Lutter SPE Mühle

Herr Rainer Hack Freizeitgemeinschaft Behinderte

und Nichtbehinderte e.V.

Herr Bodo Seume Freizeitgemeinschaft Behinderte

und Nichtbehinderte e.V.

Von der Verwaltung

Herr Beig. Reinhard Gatzke

Herr Michael Witek
Frau Noosha Aubel
Herr Ulrich Brakemeier
Herr Roman Kaltenpoth
Frau Birgit Schimang
Herr Friedhelm Topp
Frau Kirsten Max

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

Befangenheitserklärungen

1

11

12

2	Strategische Weiterentwicklung des Amtes für Jugend, Schule und Sport	WP 09-14 SV 51/137
3	Geschäftsbericht 2010 des Amtes für Jugend, Schule und Sport	WP 09-14 SV 51/133
4	Arbeitsprogramm 2012 des Amtes für Jugend, Schule und Sport	WP 09-14 SV 51/138
5	Trennungs- und Scheidungsberatung Kontraktanpassung - Aufhebung des HV6	WP 09-14 SV 51/143
6	Zukunft der Jugendarbeit im Hildener Osten	WP 09-14 SV 51/146
7	Gewährung eines städtischen Zuschusses für die Caritas Kindertageseinrichtung St. Jacobus, Heiligenstr. 40, Hilden	WP 09-14 SV 51/153
8	Übernahme der integrativen Kindertageseinrichtungen und des Abenteuerspielplatzes in städtische Trägerschaft: Prüfauftrag der SPD-Fraktion vom 2.3.2011	WP 09-14 SV 51/151
9	Kinderschutz im Sportverein	WP 09-14 SV 51/142
10	Bildung und Teilhabe – aktueller Sachstand	WP 09-14 SV 51/141

13 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Bericht zum Ausbau der Zusammenarbeit der Psychologischen Bera-

14 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Rahmenkonzept Jugendgerichtshilfe

tungsstelle mit den Familienzentren

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende Herr Schneller begrüßte die Anwesenden und stellte den ordnungsgemäßen Zugang der Sitzungsunterlagen fest.

WP 09-14 SV 51/147

WP 09-14 SV 51/140

Änderungen zur Tagesordnung

Änderungswünsche zur Tagesordnung lagen nicht vor.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde gab es keine Wortmeldungen.

1 Befangenheitserklärungen

Frau Pütz, Herr Bosbach, Herr Wagner sowie Herr Vorsitzender Schneller erklärten sich zu TOP 5 (Trennungs- und Scheidungsberatung Kontraktanpassung – Aufhebung des HV6) für befangen.

Herr Vorsitzender Schneller bat hierzu Frau Kittel um Übernahme des Vorsitzes zu diesem TOP.

Frau Kittel erklärte sich zu TOP 8 (Übernahme der integrativen Kindertageseinrichtungen und des Abenteuerspielplatzes in städtische Trägerschaft: Prüfauftrag der SPD-Fraktion vom 02.03.2011) ebenfalls für befangen.

Strategische Weiterentwicklung des Amtes für Jugend, Schule und Sport

WP 09-14 SV 51/137

Herr Wannhoff erkundigte sich zur aufgeführten Tabelle nach der entsprechenden Bezugsgröße bei den Prozentzahlen zur ambulanten Hilfe und zu den Hilfeformen. Er fragte nach, ob sich die Zahlen auf einen 1-Jahres Zeitraum beziehen würden. Dies bestätigte Frau Aubel.

Frau Gronemeyer unterstrich ihre große Zustimmung zu dieser Sitzungsvorlage. Es hätte bereits verschiedentlich Überlegungen der Stadt Hilden gegeben, ein Leitbild zu schaffen. Dass dies nun endlich in einem Amt gelungen sei, würde sie sehr begrüßen. Ein solches Leitbild sei für alle Beteiligten – für die Politik ebenso wie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung – eine große Hilfe. Gerne spreche sie für dieses große Werk ihren Dank aus. Sie wolle verdeutlichen, dass es nun an der Unterstützung der Politik läge, wie erfolgreich so etwas umgesetzt werden könne. Eine Zusammenarbeit müsse genau darauf abzielen, dass man gemeinsam an strategischen Zielen arbeite.

Herr Beigeordneter Gatzke stellte noch einmal die Bedeutung einer strategischen Weiterentwicklung heraus. Hierbei stünden Transparenz und Umsetzbarkeit im Vordergrund, um die zukünftigen Hürden zu meistern. Hierzu gehörten auch das daraus abgeleitete Arbeitsprogramm sowie der Geschäftsbericht. Mit diesen Instrumenten mache man sich zukunftsfest und –fähig. Ganzheitlich strukturiertes Planen sei nicht nur modern sondern auch unverzichtbar.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss bzw. Ausschuss für Schule und Sport nimmt die strategische Ausrichtung des Amtes für Jugend, Schule und Sport zur Kenntnis und beschließt das vorgelegte Leitbild.

Abstimmungsergebnis:

3 Geschäftsbericht 2010 des Amtes für Jugend, Schule und Sport

WP 09-14 SV 51/133

Herr Bosbach stellte fest, dass im Geschäftsbericht umfangreiche Aufgaben dargestellt seien. Dies beinhalte, dass auch ein umfangreiches "Paket" abgearbeitet werden müsse. Seiner Fraktion gefalle es gut, dass zudem eine Aussicht formuliert worden sei. Ebenso sei wichtig, dass die gefassten Beschlüsse noch einmal aufgeführt worden seien.

Frau Gronemeyer führte aus, dass die Zusammenfassung der Arbeit des gesamten Amtes in einem Geschäftsbericht, die Arbeit erleichtere. Sie habe sich jedoch regelrecht erschrocken, als sie die Anzahl der getroffenen Beschlüsse gesehen habe. Sie bat darum, zu überlegen, neben den Beschlüssen auch die derzeitigen Sachstände mitaufzunehmen.

Herr Wannhoff lobte die Übersichtlichkeit des Berichtes und führte weiter aus, dass ihm aufgefallen sei, dass in diesem Ausschuss jeder einen persönlichen Vertreter benannt habe, bei Herrn Dr. Lipski jedoch zwei Vertreter stünden.

Herr Vorsitzender Schneller erläuterte hierzu, dass dies in der Tat so sei, da Frau Kittel mittlerweile in eine andere Fraktion gewechselt sei und die Vertreter nicht geändert worden seien. Dies sei eine Sonderregelung des Jugendhilfeausschusses. Weiter wies Herr Wannhoff auf die Seite 27 – Kinderbetreuung und Schule – des Berichtes hin und erkundigte sich, ob sich die Prozentrechnung auf Personalkosten oder auf Stellen beziehe. Frau Aubel teilte hierzu mit, dass es sich hierbei um die Anzahl der Vollzeit berechneten Mitarbeiter handele.

Herr Beigeordneter Gatzke ergänzte zur Bitte von Frau Gronemeyer, dass es für den Rat ein vorgeschriebenes Beschlussmanagementsystem gebe. Man werde aber auch im Geschäftsbericht einen Umsetzungsstand ausweisen.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss bzw. der Ausschuss für Schule und Sport nimmt den Geschäftsbericht des Amtes für Jugend, Schule und Sport zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4 Arbeitsprogramm 2012 des Amtes für Jugend, Schule und Sport

WP 09-14 SV 51/138

Herr Bosbach wies darauf hin, dass man mittlerweile das Spargutachten zur Kenntnis bekommen habe und sich auch daraus umfangreiche Arbeiten für alle Beteiligten ergeben würden.

Herr Vorsitzender Schneller verdeutlichte, dass das vorliegende Arbeitsprogramm bei entsprechender Notwendigkeit angepasst werden könne.

Hierzu ergänzte Herr Beigeordneter Gatzke, dass der Handlungsrahmen insgesamt immer der Haushaltsplan sei.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss bzw. der Ausschuss für Schule und Sport nimmt das Arbeitsprogramm 2012 des Amtes für Jugend, Schule und Sport zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

WP 09-14 SV 51/143

Unter Leitung von Frau Kittel wurde der Tagesordnungspunkt 5 aufgerufen. Wortmeldungen erfolgten keine. Sodann wurde über diesen Punkt wie folgt abgestimmt:

Beschlussvorschlag:

5

Der Jugendhilfeausschuss beschließt nach Vorlage der abschließenden Überprüfung durch den externen Gutachter die Aufhebung des HV6-Vermerkes zum Kontrakt mit der AG Wohlfahrt über die Trennungs- und Scheidungsberatung, Mitwirkung im familiengerichtlichen Verfahren, Vormundschaften, Fachmediation und begleiteten Umgang.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Für befangen hatten sich zuvor Herr Vorsitzender Schneller, Herr Wagner, Frau Pütz und Herr Bosbach erklärt.

6 Zukunft der Jugendarbeit im Hildener Osten

WP 09-14 SV 51/146

Herr Delcuve verdeutlichte, dass er dieses Thema gemeinsam mit dem Arbeitskreis Hilden-Ost aufmerksam verfolgt habe. Er habe mit großem Interesse festgestellt, dass geplant sei, diese Maßnahme zu erhalten. Er unterstütze dieses Bestreben und bat darum, diesen Beschluss auch so zu fassen, da es ansonsten im Hildener Osten zu größeren Problemen kommen könne.

Zu diesem TOP bat Frau Reuter einen zusätzlichen Prüfauftrag aufzunehmen (der Antrag ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt). Herr Vorsitzender Schneller schlug vor, den Antrag in die nächste Sitzung des Ausschusses zu geben.

Herr Wannhoff unterstrich noch einmal, dass Jugendarbeit sehr wichtig sei und er aus diesem Grund die Sitzungsvorlage kritisch sähe. Es sei sehr bedauerlich, dass eine pädagogische Betreuung nicht realisiert werden könne. Dies sei natürlich mit dem zur Verfügung stehenden Geld nicht zu machen. So würde lediglich ein beaufsichtigtes "Rumhängen" beschlossen. Kritisch sehe er ebenfalls den aufgeführten Altersintervall in der Tabelle, da hauptsächlich 14jährige in den Jugendtreff kämen. Außerdem wolle er auf die Alkohol- und Tabakwerbung auf dem Sportgelände aufmerksam machen.

Herr Burchartz unterstrich noch einmal die Bedeutung dieses Jugendtreffs und führte aus, dass es zu dem bestehenden Vorschlag derzeit keine Alternative gäbe.

Frau Niederquell stimmt dem Beschlussvorschlag zu, bat jedoch, um einen Vertrag mit dem Verein, in dem stichwortartig festgehalten werden solle, was der Verein für die finanzielle Unterstützung zu leisten habe.

Dem Beschlussvorschlag stimmte ebenfalls Herr Dr. Lipski zu, wobei er noch einmal auf den Zeitraum von drei Jahren hinwies.

Frau Aubel nahm Bezug auf die Ausführungen von Herrn Wannhoff und machte deutlich, dass es sich nicht um ein finanziertes "Rumhängen" handele, wenn man dieser Sitzungsvorlage zustimme. Die Kräfte vor Ort würden ein sehr ansprechendes Angebot bieten, dass durchaus pädagogischen Maßstäben entspräche. Man sei sich bewusst, dass man mit diesem Beschlussvorschlag keine optimale Lösung habe. Ein Teil der Jugendlichen wünsche sich ein Angebot. Es gäbe dort jedoch keine anderen größeren Räumlichkeiten weder im

städtischen Besitz noch anmietbar, bei denen der Mietpreis vertretbar sei. Mit unbegrenzten Ressourcen könne man selbstverständlich auch andere Angebote offerieren. Jedoch sei ein engagierter Verein vor Ort, mit dem gemeinsam ein ansprechendes Angebot realisiert werden könne.

Herr Beig. Gatzke erklärte, dass der SV Ost vor 10 Jahren ein Vereinsheim errichten wollte. Gegen einen städtischen Zuschuss von 60.000 € habe er sich verpflichtet, dort temporär Jugendarbeit zu leisten. Die jetzige Höhe des Betrages bedeute eine Verdoppelung des Zuschusses. Wenn man mehr wolle, müsse man dies beantragen. Er sei jedoch der Auffassung, dass die vorgeschlagene Lösung für die nächsten drei Jahre eine tragfähige Grundlage biete.

Es sei gute Arbeit geleistet worden, ergänzte Frau Kittel. Der Verein habe eine liebevolle Betreuung angeboten. Es müsse doch nicht immer alles streng pädagogisch angegangen werden. Es könne auch so engagierte und verantwortungsvolle Arbeit geleistet werden und das vorgeschlagene Angebot sei auf jeden Fall besser als ein Angebot ohne Beaufsichtigung.

Herr Delcuve ergänzte zusätzlich, dass man in den Arbeitskreis Ost und in den Bürgerverein entsprechende Fachleute eingeladen habe, um Evaluationsgespräche zu führen. Er könne sagen, dass diese Fachleute sich sicher viele Gedanken zur Umsetzung machen würden.

Seine Fraktion würde dem Beschlussvorschlag zustimmen, teilte Herr Bosbach mit. Er schlage jedoch vor, dass eine Möglichkeit vorgesehen werden solle, bei Bedarf eine Anpassung vornehmen zu können. Wenn hier noch Bedarf zur Diskussion sei, könne man dies in die nächste Sitzung schieben, dann hätte man auch einen klaren Standpunkt bezüglich des Gutachtens.

Herr Schneller bat darum, einen Grundsatzbeschluss festzuhalten. Das Thema würde bei den Haushaltsberatungen erneut aufgegriffen werden. Wer Bedenken habe, könne heute entsprechend dagegen stimmen. Sodann ließ der Vorsitzende, Herr Schneller, über den vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Fortführung des Jugendtreffs in den Räumlichkeiten des SV Ost ab 01.07.2012 (Ende des derzeitigen Kontraktes) für die Dauer von drei Jahren. Die jährlichen Kosten in Höhe von 12.200 € sind im Haushalt bereitzustellen.

Über die Bereitstellung der Mittel wird abschließend im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 1 Stimmenthaltung durch Herrn Wannhoff.

Gewährung eines städtischen Zuschusses für die Caritas Kindertageseinrichtung St. Jacobus, Heiligenstr. 40, Hilden

WP 09-14 SV 51/153

Frau Kittel wies auf die gewaltigen Kosten, die auf die Stadt zukämen hin und hinterfragte, wie es möglich sei, dass von jetzt auf gleich solche Kosten entstünden. Sie sei der Ansicht, dass dies auf eine schlechte Wartung hinweisen würde und bat die Haftung für den Schaden zu prüfen.

Frau Reuter führte aus, dass sie die Haftungsfrage ebenfalls interessiere. Daneben erschiene ihr die Versicherungssumme in Höhe von 10.000,-- € als sehr gering. Sie erkundigte sich, ob die Genehmigung des Erzbistums Köln für die Ortsgemeinde Hilden eingeholt worden wäre.

Hierzu erläuterte Herr Beig. Gatzke, das die Stadt der Caritas im Zuge der Übertragung der Trägerschaft, vertraglich zugesichert habe, dass entsprechende Kosten übernommen wür-

den. Die Instandsetzung und die Sanierungsmaßnahmen nach dem GTK sahen ursprünglich auch noch Landeszuschüsse vor, diese würden jetzt nicht mehr gewährt. Jetzt werde alles mit Pauschalen abgegolten. Die Frage der Haftung stelle sich in der rechtlichen Bewertung in keiner Weise, die Stadt Hilden müsse einspringen. Auch nach Auffassung der Rechtsabteilung sei die Stadt verpflichtet zu zahlen. Die katholische Kirche habe erklärt, dass sie hier keine Verpflichtung sähe, Kosten zu übernehmen. Das Erzbistum gäbe prinzipiell keine Zustimmung, hier habe man nichts versäumt. Man könne darauf hoffen, dass die erneuten Gespräche mit der Versicherung dazu führten, dass eine andere Refinanzierung eintrete.

Frau Kittel merkte an, dass ein solcher Schaden vielleicht schon hätte früher auffallen müssen und bat, mit der Caritas zu vereinbaren, zukünftig auf eine bessere Wartung zu achten.

Herr Beig. Gatzke wies darauf hin, dass es sich bei der Caritas um einen guten und engagierten Träger handele und er deshalb keine Zweifel habe, dass dieser sorgfältig seinen Aufgaben nachkäme.

Herr Vorsitzender Schneller ergänzte erläuternd, dass es sich um einen verdeckten Wasserschaden handelte und ein solcher im Vorfeld nicht erkennbar sei. Sodann ließ er über diesen Tagesordnungspunkt abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss die Bereitstellung eines freiwilligen zweckgebundenen städt. Zuschusses in Höhe von höchsten 172.800 € zur Sanierung des Gebäudes und der Kanäle der Caritas Kindertageseinrichtung St. Jacobus.

Vor Beginn und Beauftragung der Maßnahmen ist vom Kindergartenträger ein konkretes Konzept einschl. einer Kostenberechnung für die Sanierung des Schmutzwasser- und Regenwasserleitungsnetzes vorzulegen und mit der Verwaltung abzustimmen.

Der Caritas wird aufgegeben, weitere intensive Verhandlungen mit der Versicherung zu führen, mit dem Ziel der Reduzierung des städtischen Zuschusses.

Die Mittel werden überplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt in Höhe von 57.600 € aus Mittel im Produkt 060101. Der Rest wird dem Produkt Gewerbesteuer (160101) entnommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8 Übernahme der integrativen Kindertageseinrichtungen und des Aben- WP 09-14 SV 51/151 teuerspielplatzes in städtische Trägerschaft: Prüfauftrag der SPD-Fraktion vom 2.3.2011

Dies sei ein Antrag der SPD-Fraktion gewesen, erläuterte Herr Bosbach. Er bedanke sich für die Recherchearbeit. Es sei deutlich geworden, dass nicht beide Einrichtungen in die städtische Trägerschaft übernommen werden sollten. Er bat darum, den Punkt Abenteuerspielplatz erneut unter dem Aspekt zu prüfen, dass es zu finanziellen Vorteilen kommen könne. Es könne sein, dass die Freizeitgemeinschaft selbst Einsparmöglichkeiten aufzeige, wenn dies geschehe und auch realisierbar sei, bestehe keine Notwendigkeit der Übernahme.

Herr Vorsitzender Schneller schlug vor, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Für seine Fraktion seien die Zahlen nicht ausreichend, erläuterte Herr Burchartz. Er bat darum, diese Entscheidung in die nächste Sitzung schieben, vielleicht lägen dann schon weitere Zahlen vor.

Herr Vorsitzender Schnelle wollte dies so nicht empfehlen, da dies mit weiteren Aufgaben an die Verwaltung verbunden sei. Für eine Verschiebung dieses Tagesordnungspunktes sprach sich ebenfalls Herr Dr. Lipski aus und beantragte zusätzlich die Option der Übernahme des Abenteuerspielplatzes durch die Gemeinnützige Jugendwerkstatt zu prüfen.

Herr Beig. Gatzke empfahl ebenfalls heute noch nicht abschließend zu entscheiden mit dem Hinweis, dass sich durch die Umstrukturierung etwas ändern würde. Zudem läge derzeit nur ein Wirtschaftsplan aus dem Jahr 2009 vor, dessen Zahlen zwischenzeitlich sicherlich überholt seien. Er schlage vor über diesen Tagesordnungspunkt in der übernächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.07.2012 zu entscheiden, dann lägen sicherlich konkretere und präzisiere Zahlen vor. Darin würde auch der Prüfauftrag einer Übernahme durch die GJWH integriert werden.

Herr Vorsitzender Schneller ließ sodann über die Vertagung in die übernächste Sitzung abstimmen.

Abstimmungsergebnis(Vertagungsantrag):

Einstimmig beschlossen

Frau Kittel hatte sich zu Beginn der Sitzung für befangen erklärt

9 Kinderschutz im Sportverein

WP 09-14 SV 51/142

Zu dieser Vorlage sprach Herr Burchartz Herrn Beig. Gatzke seinen Dank aus.

Frau Gronemeyer erkundigte sich, warum noch nicht alle Vereine der Vereinbarung beigetreten seien. Hierauf führte Frau Aubel aus, dass die Unterzeichnung der Vereinbarung freiwillig sei. Bisher seien 80 % der im Sport in Hilden organisierten Kinder erfasst. Man hoffe, dass das Beitreten und die Erfahrung der teilnehmenden Vereine ausstrahlende Wirkung habe und ein Austausch untereinander mit den noch nicht beigetretenen Vereinen stattfinden könne. Zurzeit liefen die ersten Schulungen aus der Kooperationsvereinbarung.

Herr Wagner erkundigte sich, warum der SV Hilden Nord nicht aufgeführt sei. Frau Aubel bestätigte, dass der SV Hilden Nord dabei sei, er jedoch an dem offiziellen Termin zur Unterzeichnung nicht teilnehmen konnte.

Herr Burchhartz regte an, eine Unterstützung der Vereine mit einer Unterzeichnung dieser Vereinbarung zu verbinden, um so eine noch größere Abdeckung zu erreichen.

Herr Vorsitzender Schneller wies darauf hin, dass Vereine nicht das Geschäft der Verwaltung seien und führte weiter aus, dass eine Kooperation nicht an die Gewährung von Mitteln geknüpft werden solle.

Herr Beigeordneter Gatzke wies ergänzend noch einmal darauf hin, dass Hilden als einzige Stadt in NRW eine besondere Würdigung erfahren habe und man sehr zufrieden sei mit der Beteiligung. Bereits heute decke man eine große Anzahl von Vereinen ab. Er sei überzeugt, dass weitere hinzukommen werden und sich sicher, dass auch die kulturpflegenden Vereine teilnehmen würden.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Schule und Sport nehmen den Bericht zur Kinderschutzvereinbarung mit den Sportvereinen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zur Kenntnis genommen.

10 Bildung und Teilhabe – aktueller Sachstand

WP 09-14 SV 51/141

Herr Bosbach erkundigte sich nach dem Grund, warum die Zahl der Antragsteller nach wie vor gering sei und wie man dem entgegenwirken könne.

Hierzu erläuterte Frau Aubel, dass man bereits sehr viel in Sachen Bekanntmachung unternommen habe. Sie fügte hinzu, dass es in Kürze spezielle Bildungs- und Teilhabecoaches geben würde, welche vor Ort über das Bildungs- und Teilhabepaket aufklären würden. Hierfür stünden 3,34 Stellen für die Dauer von 2 Jahren zur Verfügung, welche vom Bund finanziert würden.

Herr Wannhoff erkundigt sich nach der Bearbeitungszeit, die ihm immer noch verhältnismäßig lang erscheine. Hierzu erläuterte Frau Aubel noch einmal die Gründe für die relative lange Bearbeitungszeit, die sich u.a. in die zu Beginn fehlenden EDV-technischen Voraussetzungen begründeten aber auch im vielfältigen Beratungsbedarf der Antragsteller und betroffenen Institutionen und Einrichtungen. Hierbei habe sich jedoch sehr bewährt, dass man im Stellwerk Hilden angesiedelt sei, da so auch eine Beratung über das originäre Paket hinaus erfolgen könne. Sie betonte, dass die Mitarbeiter hoch engagiert seien und sich intensiv um die Bearbeitung kümmerten, es aber aufgrund der vielfältigen bürokratischen Erfordernisse sicherlich noch etwas dauern würde, bis die Bugwelle abgearbeitet sei.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zum Sachstand des Bildungs- und Teilhabepaketes zur Kenntnis und beschließt die Beteiligung am Härtefallfonds des Landes "Alle Kinder essen mit".

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

11 Rahmenkonzept Jugendgerichtshilfe

WP 09-14 SV 51/147

Ohne weitere Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt das Rahmenkonzept der Jugendgerichtshilfe zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zur Kenntnis genommen.

12 Bericht zum Ausbau der Zusammenarbeit der Psychologischen Bera- WP 09-14 SV 51/140 tungsstelle mit den Familienzentren

Herr Topp erläuterte noch einmal kurz die Sitzungsvorlage und unterstrich die hohe personelle Belastung aber auch den guten Erfolg, der durch diese Zusammenarbeit entstanden sei. Insbesondere hätten durch dieses Projekt Familien erreicht werden können, die sonst nicht den Weg in die Beratungsstelle fänden. Auch der engere Schulterschluss mit den Erzieherinnen vor Ort sei ein sehr wichtiger Aspekt dieses Projektes. Aufgrund dieses Erfolges sei eine Fortsetzung sehr wünschenswert und wichtig, dies sei jedoch abhängig von den Zuweisungen. Er bitte die Ratsmitglieder diesen Bericht mit einer positiven Wahrnehmung zur Kenntnis

zu nehmen.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zum Ausbau der Zusammenarbeit der Psychologischen Beratungsstelle mit den Familienzentren zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zur Kenntnis genommen.

13 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Frau Ahdour berichtete über die Arbeit des Jugendparlamentes und die sehr erfolgreich durchgeführten Speed Debatings. Hierzu habe es eine Befragung gegeben, die nun in einem Auswertungstreffen diskutiert werden solle. Bei dieser Befragung seien jedoch nicht die Erwachsenen befragt worden, dies wolle man gerne bei dem Auswertungstreffen nachholen und das Ergebnis auch gerne mit der Politik diskutieren, um das Speed Debating zu optimieren. Das Treffen solle Anfang nächsten Jahres stattfinden. Man würde die Fraktionen einladen.

Herr Brakemeier wies auf die Veranstaltung "Extreme Rechte im Netz" hin, die im Rahmen der Extraschicht des Stellwerks stattfinden würde und lud die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses herzlich ein, teilzunehmen.

Frau Aubel berichtete von den Inklusionsfachtagungen. Diese seien auch beim Fachpublikum sehr gut nachgefragt gewesen. Es sei sehr wichtig, sich für dieses Thema zu engagieren. Es müsse deutlich werden, dass sich dieses Thema nicht ausschließlich auf den Bereich Schule beziehe. Es müsse ebenso Angebote im Bereich Kita und Jugendarbeit geben. Im nächsten Jahr werde dieses Thema weiterverfolgt.

Herr Burchartz bedankte sich für die Organisation der Fachtagung Inklusion bei Frau Aubel, Herrn Brakemeier und Herr Gatzke, bedauerte aber, dass sich nur sehr wenige Ratsmitglieder dafür interessiert hätten. Er hätte dieser Veranstaltung gewünscht, auf ein größeres Interesse insbesondere in der Politik zu stoßen.

Frau Aubel berichtete kurz vom Projekt Kinderzukunft NRW. Dieses Projekt, welches zu einer weiteren Verzahnung der Systeme Jugend- und Gesundheitshilfe geführt habe und insgesamt als sehr erfolgreich bewertet werden könne, laufe in 2012 aus. Derzeit werde ausgelotet, ob und wenn ja welche Möglichkeiten einer Fortsetzung gegeben sein könnten.

Weiter teilte Frau Aubel mit, dass das beim Landesjugendamt eingereichte Konzept zum Thema Kinderarmut überzeugt habe und die Stadt Hilden zu einer von 12 Kommunen zähle, die sich nun auf der Basis einer dreijährigen Förderung von insgesamt 32.000 € intensiv mit diesem Thema auseinandersetzen werde. Auch wenn Hilden eine prosperierende Stadt sei, seien ca. 20 % der Familien arm bzw. von Armut bedroht. Über den Fortgang des Projektes werde der Ausschuss informiert.

14 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Frau Reuter stellte den in der Anlage 1 aufgeführten Antrag zur Schutzhütte im Hildener Osten.

Ende der Sitzung: 18:15 Uhr

Hans-Werner Schneller
Vorsitzender

Kirsten Max
Schriftführer/in

Gesehen:

Horst Thiele Bürgermeister Reinhard Gatzke Beigeordneter